

sich bei ihnen um Beweismittel handelt, die der Täter zur Straftat benutzt hat oder die durch die Straftat hervorgebracht wurden und sich häufig Spuren des unmittelbaren Tatgeschehens daran befinden.

Sowohl im Zusammenhang mit der Bearbeitung von Ermittlungsverfahren und der Realisierung anderer politisch-operativer Arbeitsprozesse hat das MfS gemäß den Aufgabenstellungen des Ministers für Staatssicherheit vielfältige Offensivmaßnahmen gegen den Feind durchzuführen. In dieser Beziehung sind, wie die Erfahrungen der Praxis immer wieder bestätigen, Beweisgegenstände und Aufzeichnungen von hohem Wert. Ihre zielgerichtete Verwendung unterstützt optimal die Politik der Partei- und Staatsführung und besitzt vor allem Bedeutung für die Entlarvung, Zurückweisung und Unterbindung der Pläne, Absichten, Maßnahmen und Aktivitäten des Gegners. Beweisgegenstände und Aufzeichnungen sind z. B. oft geeignet, von imperialistischen Staaten bzw. ihren Organen begangene Verletzungen grundlegender Prinzipien des demokratischen Völkerrechts, internationaler Verträge, Abkommen und Vereinbarungen zu beweisen, vielfältige diplomatische Aktivitäten der DDR gegen den Feind zu unterstützen und öffentlichkeitswirksame Publikationen herauszugeben. Sie spielen häufig eine entscheidende Rolle zur Entlarvung der Tätigkeit staatlicher Organe imperialistischer Staaten, insbesondere der BRD, sowie von Dienststellen des Westberliner Senats im Hinblick auf die Duldung, Förderung und Unterstützung staatsfeindlicher Aktivitäten gegen die DDR und die anderen Staaten der sozialistischen Gemeinschaft.<sup>1</sup> Von nicht zu unterschätzender Bedeutung sind Beweisgegenstände und Aufzeichnungen in der offensiven Auseinandersetzung des MfS sowie von Justizorganen der DDR mit Strafverfolgungsorganen der BRD bzw. Westberlins zur Realisierung von Strafverfolgungsansprüchen

<sup>1</sup> vgl. Möller/Jaskulski/Osterloh, Politische und völkerrechtliche Aspekte der Arbeit des MfS zur offensiven Zurückweisung der von Staatsorganen bzw. Feindzentren der BRD ausgehenden Einmischung in innere Angelegenheiten der DDR, a. a. O.